



Solidarität mit den sozialen und demokratischen Protestbewegungen in Nordafrika und dem Nahen Osten

Positionspapier der SP Fraktion in der Bundesversammlung, 8. März 2011

Die von Tunis und Kairo ausgehende Protestbewegung hat sich auf Libyen und immer zahlreichere Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens ausgeweitet. Die erbarmungslose Gewaltanwendung durch die Ghadhafi-Schergen erfüllt uns mit grösster Sorge. Umso wichtiger ist deren unmissverständliche Verurteilung durch den UNO-Sicherheitsrat und den UNO-Menschenrechtsrat, der Libyen einstimmig ausgeschlossen hat. Ein wirksamer Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen steht allerdings noch aus.

Hunderttausende von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten – darunter besonders viele Frauen und Junge – fordern mit gewaltfreien Mitteln Freiheit, Demokratie und soziale Entwicklungschancen. Der Triumph des Freiheitswillens über autoritäre und korrupte Staatsstrukturen, die den Zugang zu politischen und ökonomischen Ressourcen auf einige Wenige beschränkt haben, wird von der SP-Fraktion mit grosser Freude zur Kenntnis genommen. Sie bewundert den Mut der Menschen, die ihre Angst abgelegt haben und ohne äusseren Einfluss um ihre Rechte kämpfen. Der Westen hat allzu lange die autokratischen Regimes unterstützt, systematische Menschenrechtsverletzungen und grassierende Korruption geduldet und sich hinter der falschen Behauptung versteckt, die einzige Alternative zu den Autokraten sei der Islamismus, den es mit allen Mitteln zu verhindern gelte. Diese doppelbödige, verlogene Politik ist gescheitert. Auch die Schweiz ist aufgerufen, ihre Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik zu ändern – ebenso die Sozialistische Internationale, die ihre Mitgliedschaftspolitik an jene der Sozialdemokratischen Partei Europas angleichen muss. Diese brach schon lange mit Parteien wie jener von Ben Ali und unterstützte statt dessen die demokratische Opposition in Nordafrika.

Die mit gewaltfreien Mitteln Freiheit, Demokratie und soziale Entwicklungschancen einfordernden Völker Nordafrikas brauchen auch unsere Solidarität. Für die SP-Fraktion ist klar:

1. Der demokratische Umbruch in Ägypten und Tunesien verdient unsere politische und konkrete Unterstützung in Form von Transformationspartnerschaften. Es steht eine schwierige Umbruchphase voller Ungewissheiten bevor. Umso wichtiger sind wirksame Transformationspartnerschaften zur politischen und konkreten politischen Unterstützung all jener oppositionellen Kräfte, Frauen, Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft, die für einen partizipativen, alle einschliessenden Prozess der Entscheidungsfindung, für nationalen Dialog und Reformen eintreten, die Freiheit und Pluralismus garantieren. Unsere Unterstützung verdienen namentlich jene Akteure, die einen Grundrechtskatalog gemäss UNO-Vorgaben anerkennen, der die Religions-, Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit garantiert.

2. Die Transformation zu stabilen Demokratien wird lange dauern und grosse Mittel beanspruchen. Die Schweiz ist gut beraten, den erneuerten Länder im Nahen Osten und Nordafrika dabei beizustehen und gemeinsam mit der EU und UNO auf eine langfristige Hilfe zum demokratischen und wirtschaftlichen Aufbau zu setzen. Die Schweiz und Europa sind fundamental darauf angewiesen, dass die Demokratie in Nordafrika eine Chance erhält und die Menschen in ihren eigenen Ländern eine echte politische und soziale Perspektive erhalten. Die EU und UNO müssen die erneuerten Länder im Nahen Osten und Nordafrika unterstützen, einen Aufbauplan zu entwerfen und umzusetzen. Es braucht Wirtschafts- und Finanzhilfe, Öffnung der Märkte, strategische Energiepartnerschaften, Reisefreiheit, Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen und die Zusammenarbeit der Universitäten.

3. Die Schweiz muss gemeinsam mit der EU und der UNO sofortige humanitäre Hilfe vor Ort anbieten. Vorab aus Libyen sind zahlreiche verzweifelte Menschen auf der Flucht. Die angrenzenden Staaten – namentlich Ägypten und Tunesien – brauchen rasch wirksame und international koordinierte Hilfe vor Ort. Die Schweiz ist aufgerufen, die Nothilfe der internationalen Organisationen mit finanziellen, personellen und logistischen Beiträgen solidarisch zu unterstützen.

4. Die Schweiz soll sich in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Union an der EU-Aussengrenze sowie im eigenen Land darauf vorbereiten, dass einige Flüchtlinge möglicherweise auch bei uns Zuflucht suchen. Die Wanderungsbewegung fand bisher nicht nach der Schweiz, sondern von der Schweiz nach Ägypten, Tunesien und weiteren Staaten Nordafrikas statt; viele Menschen kehren in ihre Heimatstaaten zurück, um sich am möglich gewordenen Aufbau zu beteiligen. Fast alle, die jetzt vor der Gewalt in Libyen flüchten, kehren in ihre Heimatländer zurück oder finden in den Nachbarländern Libyens Aufnahme. Der vom italienischen Aussenminister Franco Frattini verbreitete Alarmismus, vor der Türe Europas stünden Hunderttausende von Flüchtlingen, erwies sich bisher als falsch. Für die SP ist die Hilfe vor Ort entscheidend. Die Schweiz soll sich zudem angemessen an der europäischen Zusammenarbeit zum Schutz der EU-Aussengrenze und der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen. Das Schengen- und Dublin-System bildet eine gute Grundlage, damit diese Aufgabe unter Wahrung des Asylrechts und des Grundrechtsschutzes in konstruktiver Zusammenarbeit wahrgenommen werden kann.

5. Die Schweiz muss mithelfen, eine Klage an den internationalen Strafgerichtshof vorzubereiten und ihr grosses Know-how für den Umgang mit der schwierigen Vergangenheit zur Verfügung stellen. Der UNO-Sicherheitsrat hat am 26. Februar 2011 gestützt auf Kapitel 7 der UNO-Charta einstimmig die [Resolution 1970](#) verabschiedet und damit neue Massstäbe gesetzt. Er verurteilt die Gewalt in Libyen, verhängte Sanktionen und erteilte den Auftrag, die Verantwortlichen für die Gewalttaten beim Internationalen Strafgerichtshof anzuklagen. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag leitete [am 2. März 2011 Ermittlungen](#) gegen Libyen wegen möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein. Auch die Schweiz soll bei der Feststellung der Tatsachen und Sicherstellung von Beweismitteln mitwirken.

6. Die Schweiz muss auch dazu beitragen, den Sanktionenteil der UNO-Resolution 1970 so umzusetzen, dass die Zivilbevölkerung in Libyen wirksam geschützt werden kann, ohne die Legitimität des Volksprotestes zu gefährden. Der Sprecher des Militärates der libyschen Aufständischen hat die internationale Gemeinschaft aufgefordert, zum Schutz der Zivilbevölkerung so rasch wie möglich eine Flugverbotszone zu errichten. Diese Forderung wird vom Golfkooperationsrat und der Organisation der islamischen Konferenz unterstützt. Voraussetzung ist ein Beschluss des UNO-Sicherheitsrats. Ein direktes militärisches Eingreifen des Westens ist die am wenigsten wünschenswerte Handlungsoption von allen. Die Schweiz ist aufgerufen mitzuwirken, damit die UNO wirksame Instrumente erhält, um die Zivilbevölkerung zu schützen.

7. Die Schweiz muss gegenüber autoritär regierten Staaten grundsätzlich eine neue Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik entwickeln. Es kann nicht sein, dass Gewaltherrschaften – wie in der Vergangenheit üblich – genau gleich behandelt werden, wie demokratische Staaten. Es ist unverständlich, wie die Schweiz mit Ländern wie Libyen beispielsweise in ihrer Aussenwirtschaftspolitik mit denselben Ellen gemessen hat, wie bei soliden Demokratien. Die SP erwartet vom Bundesrat in dieser Frage einen grundsätzlichen Strategiewechsel – auch in Bezug auf die «Helvetistas» in Zentralasien, mit denen die Schweiz in IWF und Weltbank eine Stimmrechtsgruppe bildet. Wir müssen unsere Wirtschaftsbeziehungen so ausgestalten, dass Handel, Investitionen und Finanzdienstleistungen nicht im Dienste einiger weniger stehen, sondern im Dienste aller. Der Freihandel muss zum fairen Handel umgebaut und direkte Investitionen an der sozialen, ökologischen und demokratischen Entwicklung ausgerichtet werden.

8. Es braucht ein wirksames Dispositiv zur Abwehr von Potentatengeldern. Die gesetzlichen Bestimmungen versagen, wenn Vermögen von Potentaten erst nach deren Sturz blockiert werden. Diese Vermögenswerte gehören der Bevölkerung eines Landes und nicht autokratisch regierenden Potentaten. Das Geldwäschereigesetz und die dazu gehörende Verordnung der Finma muss endlich durchgesetzt werden. In der Verantwortung stehen primär die Finanzintermediäre (v.a. Banken), die bei Vermögenswerten von politisch exponierten Personen eine besondere Sorgfaltspflicht haben. Gelder aus Korruption dürften sie schon gar nicht annehmen. Verschärft werden muss die Aufsicht durch die Finma. Das Geldwäschereigesetz, insbesondere die Meldepflicht und der Geltungsbereich, muss verschärft werden.

9. Die Schweiz darf autoritär regierten Staaten kein Kriegsmaterial mehr liefern und soll die militärische Zusammenarbeit mit allen Staaten im Nahen Osten und Nordafrika stoppen. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Pakistan gehören zu den wichtigsten Zielländern von Schweizer Kriegsmaterialexporten. Auch Jordanien, Oman und Katar werden beliefert. Trotz aller Proteste setzt der Bundesrat die militärische und rüstungstechnische Zusammenarbeit mit Israel fort. Während die Menschen für ihre Freiheit auf die Strasse gingen, besuchte der Chef der Schweizer Armee, Korpskommandant André Blattmann in den Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) die Rüstungsmesse IDEX 2011. Dieser Besuch war aus Sicht der SP aussenpolitisch falsch. Es ist keine Aufgabe des Schweizer Armeechefs, mit den Potentaten der Region neue Rüstungsgeschäfte anzubahnen.

10. Besonderes Augenmerk verdient der Nahost-Friedensprozess und die UNO-Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit. Hosni Mubarak wurde auch deshalb gestürzt, weil er den Gaza-Streifen mit gleicher Härte wie die Israelis abriegelte. Zwar setzt im Moment auch die neue ägyptische Regierung die Abriegelungspolitik fort. Je weiter der Demokratisierungsprozess fortschreitet, desto weniger dürfte es aber gelingen, den Nahost-Konflikt wie bisher überwiegend militärisch anzugehen. Die Schweiz soll mitwirken, den Demokratisierungsprozess so zu nutzen, dass der Nahost-Friedensprozess unter Einbezug aller wichtigen Beteiligten auch politisch wieder in Gang kommt. Die starke Mobilisierung der Frauen in den Protestbewegungen des Nahen Ostens und Nordafrikas bietet dabei neue Chancen. Denn Männern und Frauen sind in Konfliktsituationen unterschiedlich betroffen, wie auch der UNO-Sicherheitsrat in seiner wichtigen Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit festgehalten hat.

11. Die SP fordert den Bundesrat auf, der UNO-Antisöldnerkonvention beizutreten und sich international für deren Stärkung einzusetzen. Die von Ghadhafi angeheuerten Söldner zeigen einmal mehr auf, welche verheerende Folgen von solchen Truppen ausgehen kann. Die am 4. Dezember 1989 von der UNO-Generalversammlung verabschiedete «Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern» trat am 20. Oktober 2001 in Kraft. 32 Staaten (darunter Italien) gehören ihr an, 10 weitere (darunter Deutschland) haben sie unterzeichnet. Auch die regionale Antisöldnerkonvention der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) verdient unsere aussenpolitische Unterstützung.